



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/138 - 21. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21031-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|---|-----|
| 1 | <u>Eine Chance für den Frieden</u>
Zu den beginnenden Algerien-Gesprächen
Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB | 52 |
| 2 | <u>Frankreich zwischen Hoffnung und Zweifel</u>
De Gaulle stützt sich jetzt auf die Linke
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 47 |
| 3 - 5 | <u>Der Goldene Plan für Gesundheit, Spiel und Erholung</u>
Von Werner Jacobi, MdB
Mitglied des Präsidiums der
Deutschen Olympischen Gesellschaft | 136 |
| 6 - 7 | <u>CDU blieb in der WEU isoliert</u>
Forderung nach beschleunigter Atomrüstung nicht gebilligt
Von Peter Blockstein, MdB | 67 |
| 7 | <u>"Fall Eichmann" und Argentinien</u>
Traube Erfahrungen der deutschen Justiz | 28 |

* * *
* * *

Eine Chance für den Frieden

Zu den beginnenden Algerien-Gesprächen

Von Hans-Jürgen Wischnowski, MdB

Mehr als fünfzehn Jahre dauert jetzt der Krieg in Algerien. Hunderttausende von Toten sind dieser grausamen Auseinandersetzung zum Opfer gefallen. Noch nie war die Chance so groß wie in dieser Stunde, um in Algerien den Frieden herbeizuführen. Die Erreichung des Friedens in Nordafrika bringt nicht nur eine Entlastung für Frankreich und Algerien, sondern für die gesamte freie Welt.

Natürlich gehen die Auffassungen zwischen dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle und der Exilregierung der FLN noch weit auseinander. Aber entscheidend ist im Augenblick nur, daß man bereit ist, miteinander zu reden. Jeder Kenner der algerischen Situation wußte auch bisher, daß eine militärische Lösung des Problems weder für Frankreich, noch für die FLN möglich war. Die ersten Schritte für eine politische Lösung sind nun getan worden. Man wird Verständnis dafür haben müssen, daß insbesondere auf algerischer Seite noch sehr starke Ressentiments bestehen, denn sogar der frühere Minister Soustelle hat offen zugegeben, daß frühere Wahlen und Abstimmungen in Algerien nicht korrekt durchgeführt wurden. Ohne entsprechende Garantien wird also eine Lösung nicht möglich sein. Aber auch die Algerier müssen verstehen, daß der französische Staatspräsident unabhängig von der zu treffenden Lösung Garantie für die in Algerien lebenden Europäer haben muß.

In dieser Stunde ist es auch nötig, Überlegungen anzustellen, welche Voraussetzungen zu den nun beginnenden Gesprächen geführt haben: die militärische Stärke Frankreichs in Algerien, der ständig wachsende politische Einfluß der algerischen Exilregierung insbesondere in der afro-asiatischen Welt oder die veränderten Mehrheitsverhältnisse in der im Herbst bevorstehenden UNO-Vollversammlung.

Die mutige Haltung des französischen Staatspräsidenten ist imponierend. Er ist den Algeriern noch weiter entgegengekommen als am 16. September 1959. Wir können nur hoffen und wünschen, daß seine Konzeption von Rechtsextremisten in Frankreich nicht gestört wird.

Aber auch die FLN hat Mut und Klugheit bewiesen. Sie hat nicht versucht, die Gespräche durch Vorbedingungen zu belasten. Die Entscheidung von Tunis beweist aber auch, daß das ständige Gefasel von der Auseinandersetzung innerhalb der FLN nicht den Tatsachen entspricht. Die westliche Welt kann den Führern der algerischen Freiheitsbewegung Vertrauen entgegenbringen. Die von ihnen in Peking und Moskau geführten Gespräche haben ihre Entscheidung nicht beeinflußt. Dort wird man über den Entschluß der FLN, nach Paris zu gehen, alles andere als erfreut sein. Denn auch dort weiß man, daß eine Beendigung des algerischen Krieges eine wesentliche Stärkung des Westens mit sich bringt.

Aber auch für Tausende von Eltern in der Bundesrepublik ergibt sich nun die Hoffnung, daß sie ihre oft auf tragische Weise in die französische Fremdenlegion gekommenen Söhne gesund zurück erhalten. Damit kann hoffentlich bald ein Schlußstrich gezogen werden unter das Problem "Deutsche in der französischen Fremdenlegion", das bedauerlicherweise das deutsch-französische Verhältnis nicht unbedeutend belastet hat.

Wir wünschen dem französischen und dem algerischen Volk von ganzem Herzen den Frieden und eine freundschaftliche Einigung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Frankreich zwischen Hoffnung und Zweifel

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Es wird immer deutlicher, daß sich Frankreichs Staatspräsident de Gaulle nach dem Verhandlungsangebot an die algerische Aufstandsbewegung immer mehr auf die Linke stützen muß, wenn er seine erklärten Absichten für Algerien in praktische Politik umsetzen will.

Beifall links

Die französische Öffentlichkeit hat de Gaulles letzte Rede mit Erleichterung zur Kenntnis genommen und hofft nun wirklich auf ein baldiges Kriegsende. Die französische Linke begrüßt de Gaulles Schritt, ist es doch ihre langjährige Forderung, die damit in Erfüllung geht.

Die SFIO verlangte seit längerer Zeit doppelte Verhandlungen: über den Waffenstillstand mit den Führern der FLN und über das politische Schicksal Algeriens mit allen politischen Gruppen und Interessenvertretungen dieses unglücklichen Landes. Die Gewerkschaften haben schon seit einiger Zeit den Ruf nach einem Kriegsende in Algerien in ihr Aktionsprogramm aufgenommen. Die Kommunistische Partei Frankreichs, die zuerst skeptisch war, äußert sich jetzt sehr gemäßigt zu dem letzten Appell de Gaulles. Weiter links, in der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU) bleibt man auf der Hut und verlangt Beweise für den wirklichen Verhandlungswillen der Regierung. Die letzten Kundgebungen dieser neuen Partei zeigten die wachsende Ungeduld und Radikalisierung breiter Kreise der studierenden und arbeitenden Jugend.

Sperrfeuer rechts

Verglichen mit dieser steigenden Linkswoge, die auch in den fort-dauernden Streikbewegungen ihren Ausdruck findet, ist die Reaktion der Rechtsradikalen und Rechtsbürgerlichen relativ schwach. An wilden Drohungen und Putschgelüsten fehlt es selbstverständlich nicht. Ginge es nach Georges Bidault, so stünde General de Gaulle heute bereits vor einem Staatsgerichtshof, um wegen "Verzicht" und "Landesverrat" abgeurteilt zu werden. Der frühere gaullistische Staatsminister Jacques Soustelle, der Chef der Rechtsbürgerlichen, Roger Duchet, Ex-Verteidigungsminister Marice, und selbst der frühere Algerienminister Robert Lacoste schlagen etwas weniger vehemente Töne an, versuchen aber immer noch, sich der Gang der Ereignisse entgegenzustellen und die bürgerliche Öffentlichkeit gegen de Gaulle aufzuwiegeln.

Die Rechtsradikalen haben sich aber von ihrer Niederlage im Januar dieses Jahres noch nicht erholt und können jetzt schwerlich zum Angriff übergehen. Wichtige Stellen der Armee wurden gestäubert, viele Polizeibeamte wurden versetzt. Die faschistischen Kádolsführer wurden entweder verhaftet oder befinden sich, selbst da, wo sie wieder freigelassen wurden, unter Kontrolle.

Die "Front Französisch-Algerien", die jetzt aus allen Überresten der geschlagenen rechteradikalen Gruppen zusammengebastelt wurde, wird kaum aktionsfähig sein, wenn die Armee weiterhin zum Staatshof steht. Mit dem Eintreffen einer FLN-Delegation in Paris dürften sich die Rechtsradikalen bereits abgefunden haben. Erst der weitere Verlauf der französisch-algerischen Verhandlungen könnte später zu neuen Schwierigkeiten führen.

Sperrfrist:

Dienstag, den 21. Juni 1960,
24.00 Uhr

Der Goldene Plan für Gesundheit, Spiel und Erholung

Von Werner Jacobi, MdB

Die Deutsche Olympische Gesellschaft hat es sich seit Jahren zur Pflicht gemacht, Spiel, Sport und Erholung nicht als isolierte Erscheinungen sondern als Teilfaktoren unserer gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse zu betrachten. So konnte es nicht Wunder nehmen, daß sie auf ihrer Bundestagung in Hannover im Oktober 1959 nicht nur mit allgemeinen Feststellungen sondern mit konkreten Zahlen auf den, die Volksgesundheit bedrohenden Mangel an Erholungs-, Spiel und Sportanlagen hinwies, diese Feststellungen in eine soziologische Gesamtbetrachtung einbezog und mit Deutlichkeit die staatspolitische Verantwortung zur Behebung des aufgezeigten Notstandes aufzeigte. Die hierbei der Öffentlichkeit unterbreiteten Gedanken und Vorschläge sind als "Goldener Plan" für Gesundheit, Spiel und Erholung bekannt geworden. Sie haben bereits Initiativen in einigen Landtagen ausgelöst und auch bei den Landesregierungen Aufmerksamkeit gefunden.

Alarmierende Bilanz

Soeben nun hat die DOG in einem "Memorandum" exakt dargestellt, was sie mit ihrem Goldenen Plan in einzelnen bewirken will. Das Memorandum beginnt mit einer alarmierenden Volksgesundheitsbilanz. Auf Grund neuester, sorgfältiger Untersuchungen wird folgendes festgestellt:

Fast jedes zweite Kind tritt heute bereits mit chronisch-krankhaften Störungen in die Schule ein. Die Zunahme dieser Schäden betrug im Zeitraum von 4 Jahren 10 Prozent!

Eine ähnliche Häufigkeit der chronisch-krankhaften Störungen wird bei den Schülertlassen festgestellt. Die Zunahme beträgt hier im gleichen Zeitraum 12 - 14 Prozent!

Eine Sonderuntersuchung über die Häufigkeit deutlicher Haltungsschäden bei 7 916 Schulkindern ergab von der Einschulung bis zum 13. Lebensjahr eine Progression von 25,2 Prozent!

Untersuchungen der erwerbstätigen Jugendlichen zeigten, daß von 2,2 Millionen Berufsschülern rund 1 50 000 einen schlechten gesundheitlichen Allgemeinzustand, 51 Prozent einen mittleren und nur 43 Prozent einen guten Allgemeinzustand aufwiesen.

Die Kurbedürftigkeit bei jugendlichen Angehörigen kaufmännischer Berufe stieg im Zeitraum von 5 Jahren um 14 - 16 Prozent!

Trotz Vollbeschäftigung scheiden immer noch rund zwei Drittel aller Erwerbstätigen durchschnittlich 10 Jahre vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben aus. Bei den Ursachen der Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit standen die Herz-, Kreislauf- und Gefäßkrankungen in der Versicherung der Arbeiter mit rund 42 Prozent, in der Versicherung der Angestellten mit rund 46 Prozent an der Spitze.

Teiluntersuchungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bestätigen, daß bis 60 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung behandlungsbedürftig sind. Die festgestellten Schäden treten in gleichem Umfang bei den 30-jährigen wie bei den 50-jährigen auf.

Die Herz- und Kreislaufkrankungen stehen heute in der Bundesrepublik mit rund 40 Prozent an der Spitze aller Todesursachen. Die Zunahme des Anteils betrug in 8 Jahren 19 Prozent!

Wesentliche Ursachen

Als wesentliche Ursachen für die geschilderten biologischen Degenerationserscheinungen führt das Memorandum, gestützt auf Urteile der medizinischen Wissenschaft, an:

- Den Spiel- und Bewegungsmangel im Vorschulalter,
- die ungenügende Berücksichtigung der körperlichen Erziehung in den allgemeinbildenden und Berufsschulen und
- die durch die technische Überflügelung des Lebens im Beruf und Freizeit bedingte Bewegungsarmut des modernen Menschen.

Fehlende Übungsstätten

In einem zweiten Teil weist das Memorandum die fehlenden Übungsstätten nach, davon ausgehend, daß die dargelegten Schäden durch den Fehlbestand mit entscheidend ausgelöst werden.

Bereits im Oktober 1959 wurde ein Finanzbedarf von 6,3 Milliarden DM errechnet. Diese Zahl hat sich als exakt erwiesen. Sie basiert auf folgendem Defizit:

31000	Kinderspielplätze	=	280	Mia. DM
14700	Allgemeine und Schulsportplätze	=	1 420	" "
10400	Turn-, Spiel- und Gymnastikhallen vornehmlich für die schulische Leibeserziehung	=	2 110	" "
5500	Gymnastikhallen bzw. -räume (auch als Mehrzweckhallen und Turn- klassenräume)	=	400	" "
2625	Lehrschwimmballen	=	475	" "
2420	Freitüder	=	975	" "
435	Schwimmballen	=	655	" "
	davon 250 Kleinschwimmballen			
			6 315	Mia. DM

Die Summe enthält lediglich die Baukosten, nicht die für die Bereitstellung von Grund und Boden aufzubringenden Beträge. Diese unterliegen örtlich so unterschiedlichen Bedingungen, daß ihre exakte Bestimmung den Wert der Berechnungen fragwürdig gemacht haben würde. Die Aufteilung der Baukosten ist nach den Vorstellungen der DCG so geschätzt, daß

der Bund etwa 2/10
die Länder etwa 5/10
Die Gemeinden (Gemeindenvorstände)
und andere Bauherren und Förderer etwa 3/10 des Gesamtbetrag

trages übernehmen. Auf 15 Jahre verteilt ergibt sich demnach eine jährliche Beanspruchung

des Bundes mit rund 84 Millionen DM
der Länder mit rund 222 Millionen DM
der Gemeinden etc. mit rund 115 Millionen DM

Die hiernach auf Bund und Länder entfallenden Beträge müßten jährlich von 1961 an bis 1975 in die Haushalte eingeplant werden. Dies soll nach den Vorstellungen der DCG mit Rücksicht auf die Planungs- und Bankkapazität in den Gemeinden in einer allmählichen Progression geschehen, etwa in der Weise, daß der Bund die bisher schon für den

Übungsstättenbau gewährten Förderungsmittel von 10 Millionen DM im Haushaltsjahr 1961 um zunächst 20 Millionen aufsteckt.

Die erforderlichen Zuschüsse der Länder zeigen folgende Aufschlüsselung (die eingeklammerten Zahlen geben die bisherigen Leistungen wieder)

Baden-Württemberg	23,5	Mill. DM	(12,0)
Bayern	28,0	Mill. DM	(7,0)
Hessen	16,5	Mill. DM	(5,5)
Niedersachsen	27,5	Mill. DM	(5,5)
Nordrhein-Westfalen	73,0	Mill. DM	(42,0)
Rheinland-Pfalz	11,0	Mill. DM	(2,3)
Saarland	4,0	Mill. DM	(1,0)
Schleswig-Holstein	8,5	Mill. DM	(3,0)
Berlin (mit Gemeindeanteil der Stadtstaaten)	16,0	Mill. DM	(7,6)
Bremen (mit Gemeindeanteil der Stadtstaaten)	4,0	Mill. DM	(1,9)
Hamburg (mit Gemeindeanteil der Stadtstaaten)	9,5	Mill. DM	(9,4)

Viele Fragen bleiben offen

Gegenüber der bei Bund und Ländern möglichen globalen Etatplanung wird bei den Gemeinden und den übrigen Bauträgern vom Einzelobjekt her verfahren werden müssen. Auch bei den Gemeinden ist eine wesentliche Erhöhung der Eigenmittel nicht zu umgehen, vor allem dort, wo der Übungsstättenbau noch erhebliche Rückstände aufweist. Überhaupt wirft das Memorandum zum Goldenen Plan sicherlich noch manche Fragen auf, die der eingehenden Erörterung bedürfen. So viel kann jedoch bereits heute gesagt werden, daß die von der DOG aufgestellten Forderungen maßvoll, vernünftig und realisierbar sind. Die Volksgesundheit - und allein um sie, nicht etwa um den Sport geht es hier - ist und bleibt gefährdet, wenn den in dem Memorandum der DOG aufgezeigten Mängeln nicht systematisch begegnet wird.

Als der Goldene Plan im Oktober 1959 zum ersten Mal in seinen Grundsätzen verkündet wurde, hat er sogleich die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei gefunden. Dies ist u.a. durch eindeutige Erklärung von Herbert Wehner und Wolfgang von Kneeringer und durch eine Reihe von Initiativen in verschiedenen Landtagen zum Ausdruck gekommen. Auch für die nunmehr durch das Memorandum konkretisierten Forderungen gilt diese grundsätzliche und zu entsprechender Aktion in Bund, Ländern und Gemeinden bereits positive Einstellung der SPD.

+ + +

- 6 -

Bundestagsabgeordneter Werner Jacobi ist Mitglied des Präsidiums der Deutschen Olympischen Gesellschaft

CDU blieb in der WEU isoliert

Von Peter Blachstein, MdB

Verlauf und Ergebnis der letzten WEU-Tagung, die in der Woche vor Pfingsten in Paris stattfand, haben in der deutschen Presse einen nur geringen Widerhall gefunden. Damit diese Tagung nicht in Vergessenheit gerät, haben wir das WEU-Mitglied, den Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein, gebeten, die wichtigsten Entscheidungen darzustellen.

D.Red.

Die nach der gescheiterten Gipfelkonferenz gefaßten sehr maßvollen Beschlüsse der Vollversammlung der Westeuropäischen Union verdienen Beachtung. Gerade in der Westeuropäischen Union werden die Fragen der Verteidigung der Sechse (Belgien, Holland, Luxemburg, Italien, Frankreich und der Bundesrepublik) und Englands alljährlich gründlich studiert, diskutiert und Empfehlungen an die Regierung beschlossen.

Auf der Tagesordnung der Frühjahrstagung in Paris standen zwei bedeutende Referate über die Abrüstung. Als Gast sprach der französische Chefdelegierte der Abrüstungskonferenz in Genf, Jules Moch, und aus der Versammlung der belgische Senator de La Vallée Poussin. Beide Redner bekannte sich zur internationalen kontrollierten Abrüstung als einziger Lösung aus dem Wahn des Vertrüstens und vor der Bedrohung der Menschheit vor der Selbstvernichtung.

Franz Josef Strauß sprach über den Stand der deutschen Rüstung. Seine Thesen über die Notwendigkeit der Bewaffnung aller NATO-Divisionen mit Atomwaffen fanden keinen Widerhall. Der vorliegende WEU-Bericht des englischen Labour-Abgeordneten Mulley behandelte gründlich den Stand und die Problematik der Atombewaffnung. Es läßt sich danach deutlich die Tendenz erkennen, daß eine Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen kaum noch in der Praxis möglich ist. Wenn es so sein sollte, ergeben sich daraus weitgehende technische und politische Probleme. Es war deutlich, daß vor allem die Engländer nicht in ein Atom-Chaos hineinschlitzen wollen, bevor diese Frage geklärt ist.

Die Empfehlung der Versammlung beschränkt sich auf zwei Punkte. Sie fordert die Erfüllung der vor Jahren aufgestellten Mindestforderung von dreißig Divisionen zur Verteidigung Westeuropas. Bis heute stehen weit weniger Divisionen kampffähig zum Einsatz bereit. Außerdem wird der Ministerrat des Atlantik-Paktes aufgefordert, einen Mechanismus zu schaffen, der sicherstellt, daß Atomwaffen nur durch eine höchste politische Entscheidung aller Verbündeten zum Einsatz kommen dürfen.

Die Sozialdemokraten in der WEU haben diesen Empfehlungen zugestimmt, da sie militärisch und politisch sinnvoll sind.

Die CDU hat sich der Stimme enthalten und erklärt, daß sie der Meinung sei, daß diese Resolution nicht ausreiche. Allerdings hat sie nicht den Mut aufgebracht, vor der Versammlung ihre Forderung nach Atomwaffen für die Bundeswehr offen zu stellen. Sie ließ einige Gaullisten für sich kämpfen. Der Franzose Bourgain forderte die Ausrüstung aller Truppen in Europa mit taktischen Atomwaffen in gleicher Menge und Effektivität wie die des Gegners. Darüber hinaus sollte die Versammlung jede Teilabrüstung in Europa verwerfen, da dadurch die Position der Sowjetunion gestärkt würde.

Beide Forderungen wurden im Verteidigungsausschuß und in der Versammlung abgelehnt. Es gab keine Mehrheit für eine Politik des "Über-erst-recht". Die englische Delegation beharrte darauf, daß nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz in Paris dauerhafte Lösungen oder auch nur Teillösungen nur durch Verhandlungen zu erreichen sein würden. Dabei muß aber die

Verteidigungskraft des Westens aufrechterhalten bleiben und auf den Stand gebracht werden, der lange vor den letzten Ereignissen in Paris als notwendig angesehen wurde.

Obwohl Strauß selbst in Paris war, konnte er seine Politik - und die der Bundesregierung - des verstärkten Drängens auf Atombewaffnung jetzt nicht durchsetzen. Mit nur wenigen anderen Abgeordneten blieb die CDU in der WEU isoliert.

Zwei wesentliche sozialdemokratische Forderungen zur internationalen Politik bleiben damit weiterhin auf der Tagesordnung. Diese sind erstens der Verzicht: kein Drängen auf die Atombewaffnung der Bundeswehr und keine Verteilung von Atomwaffen an weitere Mächte und zweitens zur Förderung der Entspannung die Bereitschaft, über militärische Verdünnung in Mitteleuropa zu verhandeln und einen eigenen Beitrag dazu zu leisten.

+ + -

"Fall Eichmann" und Argentinien

sp - Hoch ist es ungewiß, ob eine Begegnung zwischen Ben Gurion, dem Ministerpräsidenten Israels, und dem auf Besuch in Europa weilenden argentinischen Staatspräsidenten Frondizi zustandekommen wird, wie es auch in der Schwebe hängt, ob der argentinischen Beschwerde im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Entführung Eichmanns stattgegeben wird. Niemand wäre von einer solchen Debatte begeistert. Die Israelis haben zweifellos mit der gewaltsamen Entführung Eichmanns von argentinischem Boden gegen gewisse Regeln des Völkerrechts verstoßen, sie fühlten sich wohl dazu genötigt, weil sie kein rechtes Vertrauen zur argentinischen Justiz besaßen. Was wäre geschehen, wenn Israel an die argentinische Regierung einen Auslieferungsantrag gestellt hätte? Nach den bisherigen Erfahrungen der deutschen Justiz wäre dieser Antrag höchstwahrscheinlich unbeantwortet geblieben. Auch das nachperonistische Argentinien setzt sich dem Verdacht aus, Beschützer von Menschen zu sein, die wegen ihrer Mitbeteiligung an den Verbrechen des Dritten Reiches gesucht werden. Da gibt es den Fall Dr. Klingonfuß, ehemaliger Beamter im Auswärtigen Amt, der in dem dringenden Verdacht steht, an der Verfolgung und Ermordung zahlreicher Juden mitschuldig zu sein; da gibt es den Fall Dr. Mengele, dem vorgeworfen wird, als ehemaliger Lagerarzt in Auschwitz grauenvolle Experimente an KZ-Insassen begangen zu haben, von denen die meisten tödlich ausgingen. Er soll einer der gefürchtetsten SS-Ärzte gewesen sein. Gegen beide liegen Auslieferungsbegehren vor, die bisher von der argentinischen Regierung nicht einmal einer Antwort für würdig befunden wurden. Als das Peron-Regime noch bestand, konnte man eine solche Haltung verstehen; der gestürzte Diktator war erwiesenermaßen ein Freund dieser gesuchten, in schwerem Verdacht stehenden Männer. Aber welchen Grund haben nun die Nachfolger Perons, diesen Männern ihren Schutz zu gewähren? Diese Haltung gereicht dem neuen Argentinien nicht zur Ehre.

+ + +